



TAGUNG
*„Mandat und Macht
Protestantismus inmitten politischer Herausforderungen“*
18./19. Januar 2019
Hamburg

**Verantwortung für das Gemeinsame
Öffentlicher Protestantismus und das politische Mandat der Kirche**

Vortrag von Prof. Dr. Reiner Anselm, Lehrstuhl für Systematische
Theologie und Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München,
Vorsitzender der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung

Auch wenn jüngst wieder darum gestritten wurde, ob der Protestantismus zu politisch ist: Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das politische Verantwortungsbewusstsein zur Signatur des Protestantismus gehört. Der christliche Glaube ist niemals nur eine Sache des Einzelnen und seiner Innerlichkeit gewesen. Schon im biblischen Zeugnis entfaltet er seine Kraft nur, weil er sich mit einer politischen Metaphorik verbindet. Je stärker in der Reformation und der Aufklärung der Einzelne, seine Innerlichkeit und sein Gottesverhältnis, in den Blick rückt, umso mehr wächst zugleich das Bewusstsein der Verantwortung für das Gemeinwesen.

Vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus gewinnen dieses Bewusstsein und die Bereitschaft, Verantwortung im Politischen zu übernehmen, diejenige Evidenz, mit der sie seit 1945 zum selbstverständlichen Charakteristikum des Protestantismus geworden sind. Längst und aus guten historischen wie theologischen Gründen ist darum die politische Stellungnahme Bestandteil jenes Kerngeschäfts, auf das sich zu konzentrieren dem Protestantismus gern geraten wird. Umso strittiger ist aber die Frage, wie diese Verantwortung für das demokratisch verfasste Gemeinwesen in der Gegenwart gebührend wahrgenommen werden soll und welche Ziele sich damit verbinden. Zunehmend unbefriedigend ist dabei die Alternative, die derzeit zwischen der Leitung der EKD und ihren Kritikern verhandelt wird, die Alternative zwischen dem Versuch der autoritativen Normierung individueller politischer Überzeugungen und einer Position, die die Meinungsbildung den Einzelnen lassen möchte und die Kriterien dafür schuldig bleibt.

Mit dem Stichwort „Öffentlicher Protestantismus“ soll hier ein Drittes skizziert werden. Öffentlicher Protestantismus sucht die Öffentlichkeit, befördert sie und beteiligt sich an ihr. Er tritt dem Rückzug aus der Gesellschaft entschieden entgegen – sei es als Rückzug in eine falsch verstandene Innerlichkeit, sei es als ein Auftritt, der sich als eine überweltlich legitimierte Amtsautorität maskiert, faktisch aber einen Rückzug aus der Gesellschaft bedeutet. Der Öffentliche Protestantismus befasst sich mit den Voraussetzungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und den Überzeugungen, die für ein liberales Gemeinwesen unabdingbar sind. Er orientiert sich dazu an den drei Artikeln des Glaubens-



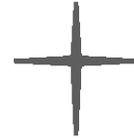
bekenntnisses und dringt darauf, die Weltlichkeit der Welt zu respektieren als Konsequenz aus dem Glauben an Gott den Schöpfer; individuelle Freiheit in der Gemeinschaft zu ermöglichen als Konsequenz aus dem Glauben an Gott den Versöhner; die Zukunftsfähigkeit menschlichen Lebens zu gewährleisten als Konsequenz aus dem Glauben an Gott den Erlöser. Mit Hilfe dieser drei Leitlinien soll der Rahmen für einen pluralen, an den Rechten des Einzelnen orientierten politischen Diskurs umschrieben werden. Öffentlicher Protestantismus steht für diesen Rahmen ein, für eine Willensbildung im demokratischen Gemeinwesen, die dem Respekt vor dem Individuum und der Suche nach Kompromissen verpflichtet ist. Und er übernimmt selbst für die Verbreitung und Erhaltung dieses Rahmens Verantwortung.

Alle drei Grundsätze sind leicht als Konkretisierungen des christlichen Freiheitsgedankens zu erkennen, mit dessen Wiederentdeckung die Reformation ihren Ausgang nimmt. Sie betonen die Freiheit gegenüber der Orientierung an einem als normativ verstandenen Naturzustand, die Freiheit gegenüber der den Einzelnen umgebenden Gemeinschaft und die Freiheit gegenüber allen Vorstellungen geschichtlicher Determination. Sie verbinden die Anerkennung des in den jeweiligen Bereichen Gegebenen mit der Ablehnung jedweder Sakralisierung des Gegebenen. Das Gegebene ist zu gestalten, nicht als unveränderlich hinzunehmen.

Das bedeutet aber auch, dass sich die Konkretionen dieser drei Grundsätze nur in einiger Vorläufigkeit und in dem Bewusstsein bestimmen lassen, dass sie ihrerseits geschichtlichen Wandlungen unterliegen. Der Freiheitssinn, der in ihnen zum Ausdruck gebracht ist, gilt auch für diese Grundsätze selbst. Sie unterliegen dem klassisch protestantischen Einspruch gegen jedwede religiösen oder religionsäquivalenten Absolutheitsansprüche – auch im Bereich des Politischen.

Dementsprechend werden sich politische Stellungnahmen des Protestantismus gegen alle Versuche wenden, politisches Handeln durch den bloßen Verweis auf naturgegebene Normen zu legitimieren. Gleichwohl schließt die Anerkennung der Weltlichkeit die Einsicht ein, dass sich politisches Handeln nur im Horizont der natürlichen Rahmenbedingungen vollziehen kann. Die evangelische Freiheit konkretisiert sich im permanenten Ausmitteln von Wirklichkeit und Möglichkeit. Die Befreiung der Welt zu ihrer Weltlichkeit bedeutet, die Struktur der Welt nicht als Heilsordnung zu überhöhen, sie aber zugleich als den Ort anzuerkennen, an dem sich allein die individuelle und kollektive Freiheit der Lebensführung realisieren können.

Versöhnung als Freiheit in der Gemeinschaft zu begreifen, heißt anzuerkennen, dass sich jeder Mensch von anderen unterscheidet, dass er, traditionell formuliert, ein unverwechselbares Kind Gottes ist. Jede Form von Gemeinschaft, ob in Staat oder Kirche, bemisst sich daran, ob es ihr gelingt, die unverzichtbare soziale Einbettung des Einzelnen so zu gestalten, dass sie die Individualität nicht infrage stellt. Eine solche Freiheit in der Gemeinschaft entspricht der ethischen Fassung des Versöhnungsgedankens, nämlich die konstitutive Sozialität des Menschseins in Einklang zu bringen mit dem Ziel der individuellen Lebensführung in Freiheit und der Sorge dafür, einen solchen eigenen Lebensentwurf auch verfolgen zu können. Dazu gehören nicht allein materielle Ressourcen, sondern auch eine Kultur des Umgangs mit den eigenen Grenzen und den Anforderungen, die andere an das eigene Handeln stellen. Versöhnung bedeutet hier, darauf hinzuarbeiten, dass Revisionen möglich bleiben. Sie bedeutet zudem die Überwindung des Zwangs, das eigene Leben nur an den Idealen der Gemeinschaft auszurichten, ohne deswegen die Bedeutung der Gemeinschaft für das eigene Leben negieren zu müssen.



Der Versöhnungsgedanke gibt dem Agieren des Protestantismus noch in einer zweiten Hinsicht einen Richtungssinn. So sehr die Botschaft des Evangeliums dazu anleitet, sich mit dem Bestehenden nicht abzufinden, sondern auf dessen Verbesserung hinzuarbeiten, so sehr entspringt dem Versöhnungsgedanken auch das Vertrauen in die Grenzen des selbst empfundenen und auch des aus dem Glauben entspringenden Handlungsdrucks. Der Versöhnungsgedanke weist der Motivation zur Veränderung das rechte Maß zu. Die Welt, in der wir uns vorfinden, ist die durch Jesus Christus versöhnte Welt. Aller Unvollkommenheit zum Trotz geht gerade von der Versöhnung der Welt durch Jesus Christus der Impuls aus, Fragen der Verbesserung nicht auf das Niveau von Heilsfragen zu heben. Das bedeutet zugleich die Relativierung eines permanenten, steril auf Dauer gestellten Veränderungsdrucks, wie er mitunter im politischen Protestantismus und der Öffentlichen Theologie zum Ausdruck kommt. In ihnen treten Menschen leicht als die auf, die eine andere Welt erstreben. Zur Tiefengrammatik dieses Aktivismus gehört die Vorannahme, dass die Welt unvollkommen sei und durch fromme Menschen zum Guten gewendet werden müsse. Der Versöhnungsgedanke wird dabei unmittelbar in die Aufforderung an die Glaubenden umgemünzt, diese Versöhnung ins Werk setzen. Damit gewinnt aber einseitig das „Noch-Nicht“ der Erlösung das Übergewicht gegenüber dem „Schon“ der Versöhnung, droht Erfolg im transformierenden Handeln unversehens zur entscheidenden Kategorie für die Stellung des Menschen vor Gott zu werden. Und umgekehrt muss Erfolglosigkeit zum Merkmal für die Schuld des Menschen werden, der seine Aufgabe und seine Stellung vor Gott verfehlt hat.

Die den Diskursrahmen markierenden politischen Stellungnahmen des Protestantismus werden sich schließlich stets für das Ziel einsetzen, dem Einzelnen eine Zukunft in einer selbst gewählten Lebensform zu ermöglichen und ihn nicht auf das Vorgegebene festzulegen. Zukunftsfähigkeit zu betonen bedeutet, die das individuelle Leben prägenden Traditionen als gewordene und damit als gestaltbare zu verstehen. Im Blick etwa auf die politische Praxis konkretisiert sich das darin, dass die Vorläufigkeit politischen Handelns eingeschränkt wird. Zukunftsfähigkeit bedeutet aber nicht nur, auf Absolutheitsansprüche in einzelnen kontroversen Fragen zu verzichten und dadurch Freiheitsspielräume für die Entfaltung des eigenen Lebensentwurfs zu schaffen. Zukunftsfähigkeit heißt auch, die Strukturen bereitzustellen und weiterzuentwickeln, die es dem Einzelnen ermöglichen, seinen eigenen Lebensentwurf zu verfolgen. Der Sozialstaat folgt hier dem Geist des Christentums. Denn das Freiheitsverständnis des evangelischen Christentums ist unvollständig, wenn es nur an der Freiheit von Bevormundung orientiert wäre. Das Christentum pflegt immer auch ein Freiheitsverständnis, das auf Unterstützung und Befähigung des Einzelnen zielt. Wer das ausblendet, läuft Gefahr, den Blick für Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu verlieren und damit, willentlich oder nicht, bestehende Verhältnisse und Machtstrukturen zu affirmieren.

Die christliche Parteinahme für die Schwachen und Rechtlosen nimmt diesen Gedanken auf. Sie ist in Aufnahme der neutestamentlichen Erzählungen von Jesu Zuwendung zu den Ausgegrenzten sensibel dafür, dass diejenigen, denen es eine Stimme zu geben gilt, keineswegs stets auf den ersten Blick erkennbar sind – ein Gesichtspunkt, der gerade vor dem Hintergrund des dem Rechtspopulismus zugrundeliegenden Repräsentationsproblems an Bedeutung gewinnen wird.

Der Öffentliche Protestantismus tritt für das Verbindende ein, ohne dass freiheitliche Gesellschaften und mit ihnen die Pluralität der Lebensformen nicht existieren können. Dieses Verbindende ist deutlich mehr und gehaltvoller als die häufig in pluralen Gesellschaften vertretene Forderung, dass es um der Sicherstellung der Freiheit willen genügen müsse, äußerliche Rechtstreue einzufordern. Es ist



aber, eingedenk der aus dem Glauben heraus entwickelten Überzeugung von der Vorläufigkeit aller inhaltlichen Füllungen des guten Lebens, zugleich auch weniger, als dies in manchen wertsubstantialistischen Positionen vertreten wird. Die Ausrichtung des Protestantismus auf das Gemeinwohl zielt dennoch gerade nicht darauf, einen festen Kanon konkreter politische Forderungen mit der Autorität des Glaubens zu unterfüttern. Sie orientiert sich vielmehr an der unter dem Eindruck einer forcierten Pluralisierung der westlichen Gesellschaften gewachsenen Einsicht, dass es notwendig ist, die Rahmenbedingungen zu stabilisieren, ohne die eine liberale Ordnung ihre eigenen, die Freiheit individueller Lebensführung garantierenden Grundlagen zu zerstören droht. In dieser Zielsetzung liegt die besondere, nicht abtretbare Bedeutung des Protestantismus für das Zusammenleben in der Gesellschaft.

Die gesellschaftliche Präsenz und die politischen Aufgaben des Protestantismus umfassen somit mehr als ein prophetisches Wächteramt gegenüber dem Staat oder als die lobbyistische Artikulation kirchlicher Interessen, mehr auch als die bloße Stellungnahme zu strittigen politischen Themen oder die religiöse Zurüstung und Gewissensschärfung des einzelnen politischen Akteurs oder Staatsbürgers. Zwar haben all diese Handlungsformen ihr relatives Recht, bilden aber nicht hinreichend ab, worin der besondere Beitrag des Protestantismus zur politischen Kultur besteht: in der aus dem Glauben an Gott den Schöpfer, Erlöser und Versöhner resultierenden Pflege des Verbindenden, das politischen Streit sowie politische Entscheidungen ermöglicht und zugleich auch begrenzt. Der Protestantismus will diejenigen Überzeugungsressourcen bereitstellen, die die Voraussetzung dafür bilden, strittige Fragen unter dem Verzicht auf Absolutheitsansprüche und unter der Anerkennung des anderen als Gleichberechtigtem auszutragen. Verschiedenheit als Gleichwertigkeit anzuerkennen ist dabei eine Perspektive, die ebenso eng mit der Tradition des christlichen Glaubens verbunden ist, wie sie mit den Hintergrundüberzeugungen und fundamentalen Prinzipien einer liberalen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie zusammenhängt.

Wer aber spricht dergestalt im Namen des Protestantismus? Wem obliegt es, jene korridorbeschreibenden Grundüberzeugungen als Rahmen in den politischen Diskurs einzuspeisen? Welche Schwierigkeiten hier bestehen, kann man am Beispiel des Kirchentags deutlich sehen: Auf einem Laientreffen sprechen kirchliche Amtsträger – und es ist nicht klar, ob sie ihre persönliche Position als Christen artikulieren oder als Vertreter der Institution auftreten. Die Grenze zwischen persönlichem Statement und kirchlicher Verlautbarung ist fließend. Eben solche Rollendiffusionen gibt es aber auch auf der Seite von Politikern, die für die Sache des Christentums sprechen, dabei aber vorrangig als Wahlkämpfer in eigener Sache agieren. In dieser Perspektive wird das Problem der Inanspruchnahme einer prophetischen Redeweise vollends deutlich, sei sie von Vertretern der Kirchenleitung, sei sie von Individuen in Anspruch genommen: Sie konterkariert das Bestreben, dem Öffentlichen eine Repräsentanz zu verschaffen.

Es fehlt der gemeinwohlorientierten Dimension des Protestantismus eine eigene Instanz, eine institutionelle Repräsentanz. In den Zeiten einer Mediengesellschaft, in den Zeiten aber auch, in denen die Präsenz leitender Überzeugungen des Christentums nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, stellt dies ein unübersehbares Problem dar. Möglicherweise steht diese Wahrnehmung im Hintergrund, wenn bei den Kritikern einer Kirche, die sich zu sehr als Interessensverband oder politischer Akteur profiliert, von einer spirituellen Auszehrung die Rede ist. Das Gegenmittel liegt aber nicht in einer Konzentration auf das vermeintlich genuin Religiöse, sondern in einer Herausstellung der am

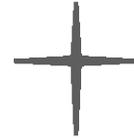


gesellschaftlichen Zusammenleben orientierten Kräfte des Protestantismus. Allen Gesetzen der Mediengesellschaft zum Trotz: Eine solche Stärkung kann nicht darin bestehen, ein neues Amt, gleichsam einen Bischof der Zivilreligion zu schaffen. Es muss darum gehen, diese Kräfte sichtbar und wahrnehmbar werden zu lassen, indem sich die individuelle und die kirchliche von der öffentlichen Dimension des Protestantismus erkennbar unterscheiden – freilich ohne damit leugnen zu wollen, dass diese öffentliche Dimension des Protestantismus mit dessen individueller und kirchlicher Dimension untrennbar verbunden ist.

Vor dem Hintergrund dieser Verschränkung der drei Ebenen des Protestantismus lässt sich die Verantwortung der Kirche für das Gemeinwesen nicht mehr an bestimmte Gruppen oder Funktionsträger delegieren. Sie wahrzunehmen, ist bei aller Verschiedenheit der Verantwortungsebenen jedem einzelnen Protestanten ebenso wie der Kirche als ganzer aufgetragen. Politische Stellungnahme im Sinne des Öffentlichen Protestantismus ist weder das alleinige Privileg noch die alleinige Pflicht der Inhaber eines besonderen kirchlichen Amtes. Die Formel vom Öffentlichkeitsauftrag der Kirche ist unter modernen, rechtsstaatlichen Bedingungen vielmehr in dem oben genannten, umfassenden Sinne als Aufgabe aller Christen zu begreifen. Zwar zieht diese Einsicht die Konsequenz nach sich, stärker zu unterscheiden zwischen Artikulationen eines – durchaus legitimen – kirchlichen Lobbyismus, der den eigenen, organisationsbezogenen Interessen ebenso dienen kann wie der anwaltschaftlichen Vertretung derer, die am Rand stehen, und einem auf das Gemeinwohl zielenden Agieren. Konzidiert werden muss allerdings, dass es in einer auf Bilder und entsprechender Inszenierung angelegten Medienkultur alles andere als leicht ist, einer entsprechenden Vermischung entgegenzutreten. Denn es sind ja in vielen Fällen dieselben Akteure, die mal als kirchliche Lobbyisten, mal als protestantische Teilnehmer am politischen Diskurs Protestantismus auftreten.

Notwendig könnte es darum sein, politische Stellungnahmen des Protestantismus, wie sie hier im Sinne einer öffentlichen Dimension des Protestantismus insgesamt, als Öffentlicher Protestantismus, skizziert worden waren, dezidiert als eine Transformationsgestalt von Volkskirchlichkeit zu profilieren. Unter den Bedingungen einer weitgehenden Deckungsgleichheit von Bürgern und Kirchenmitgliedern konnte noch einfacher davon ausgegangen werden, dass die Dimension des Öffentlichen Protestantismus auch durch die politischen Akteure gleichsam mitrepräsentiert werden konnte und so ganz selbstverständlich in die Ordnung des Zusammenlebens eingeht. Diese Annahme ist im Moment der quantitativen Verflüchtigung der Volkskirche nicht mehr aufrechtzuerhalten. Volkskirchlichkeit wird zunehmend als ein qualitatives Strukturmerkmal des Protestantismus herausgestellt werden müssen, das unabhängig von dessen quantitativer Stärke ist. Prononciert formuliert: Unter gegenwärtigen Bedingungen realisiert sich die Volkskirchlichkeit des Protestantismus darin, dass er sich als Öffentlicher Protestantismus am Gemeinwohl orientiert und nicht nur partikulare Interessen in den Blick nimmt, seien es die der eigenen Organisation, seien es die einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe. Volkskirchlichkeit markiert darum eine Ausrichtung, nicht eine bestimmte Mitgliederstruktur noch eine besondere Organisationsform.

Vieles spricht dafür, in diesem Zusammenhang den Gedanken der Repräsentation des Protestantismus durch Laien wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken und diesen Artikulationsformen mehr innerprotestantische, vor allem auch innerkirchliche Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei gilt es auch die entsprechenden symbolischen Ausdrucksformen zu entwickeln, die das Agieren des Öffentlichen Protestantismus als ein protestantisches sichtbar machen, ohne es ununterscheidbar zu dem Handeln



des kirchlichen Protestantismus werden zu lassen. Mit der Akademiearbeit, dem Kirchentag und der christlichen Publizistik verfügte der Protestantismus über entsprechende Formen, die allerdings immer stärker zu Orten des Kirchlichen geworden sind. Dennoch ließe sich an deren Ursprünge anknüpfen, in denen diese als Laboratorium für das Auffinden von tragfähigen Kompromissen galten und dabei auf die Repräsentation möglichst vieler in der Gesellschaft gegenwärtig vertretenen Positionen zu achten. Für die Zukunft wird es allerdings nicht genügen, das Alte fortzuschreiben, sondern es gilt – gerade auch im Sinne des hier ausgeführten – neue Formen zu suchen und zu entwickeln. Darauf sollte sich die Debatte konzentrieren, anstatt in den starren Fronten eingefahrener Kontroversen zu verharren.